

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 1,70 M., viertelj. 5,10 M. Durch die Post monatlich 1,75 M., viertelj. 5,25 M. ohne Befreiung. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11. Fernruf Nr. 2515, 2516, 2517. — Anzeigenpreise für Wiesbaden: Die 42 mm breite Kolonnenzeile 20 Pf., die 90 mm breite Reklamenzeile 2,50 M.; außerhalb: 60 Pf. bezw. 2 M. Zeilenpreise u. Rabatt lt. Tarif. Sonderbelegungen 10 M. pro 1000.

Nummer 88

Samstag, 21. Februar 1920.

74. Jahrgang

Die großserbische Angelegenheit.

Belgrad, 19. Febr. (Gavaz). Die Oppositionsparteien haben heute ihre Beratungen fortgesetzt. Die Verhandlungen sind in bezug auf die inneren Fragen zu einer Ueberstimmung gekommen, sodass man zur Verteilung der Parteiführerschaften schreiten konnte. Eine Liste, die vom Prinzenregent gebilligt ist, wird heute zur Unterschrift vorgelegt werden. Sie umfasst: Präsident des Rates Stojan Protitch, Radikal, Vizepräsident und Verkehrsminister Koroschetz, Führer der Serbischen florentinischen Partei, Jurecs Trifkowitz, Radikal.

Der Grund der jüngsten Kabinetskrise in Belgrad ist in der Haltung des demokratischen Kabinetts Dawidowitsch gegenüber der serbischen Frage. Die seit der Errichtung Südslawiens dessen innere Politik bestimmt war entscheidend schon bei den Kabinetskrisen im vergangenen Herbst eingewirkt hat, zu suchen. Die Serben wollen aus Albanien und den ehemals serbischen Gebieten ein Großserbien mit starker Zentralisierung, die früher zu Ungarn gehörenden Gebiete wünschen einen slavischen Bundesrat mit weitestgehender Freiheit der einzelnen Teile. Auch Martenaro steht auf diesem dezentralistischen Standpunkt, es verlangt sogar die Räumung des Landes von den Serben und die Rückkehr des Königs Milica. Dawidowitsch ist über seine zentralistische Politik gekümmert. Der Aufbruch der Krise ist ungewiss. Dezentralismus scheint die am wenigsten Dispositionspartei unter Protitch und Protitch, wobei es ungewiss ist, ob aus Ueberzeugung oder aus Parteistellung. Jederfallig war es diese seit der Ermordung des Königs Alexander in Serbien allmächtige Partei der Radikalen, die zuerst nach der Errichtung Südslawiens jenen zentralistischen Kurs verfolgte, bis man im Anbruch des neuen Jahres Anzeichen auf die neuen Gebiete als notwendig ansah. Damals schied Protitch und die Radikalen aus der Staatsleitung aus und traten in die Opposition. Wenn sie jetzt im entgegengesetzten Sinne wie damals tätig sind, liegt es nahe, an zu glauben, daß sie Parteipolitik treiben, um wieder aus Ruder zu kommen. Die Erringung in den neuen Gebieten soll nicht ohne Vorüber sein, daß man in Belgrad noch immer ein Großserbien anstatt eines Bundesstaates mit gleichen Rechten für alle Teile anstrebt.

Amerikanische Vorwürfe gegen Wilson.

Paris, 20. Febr. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet, Senator Lodge habe erklärt, wenn Wilson sich bleibe würden Frankreich, Kanada und Italien in der Adriatische nachsehen. Es sei seine Ansicht, daß Wilson, wenn er sich ablehnen wäre, bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten alles hätte durchsetzen können, was er gewollt habe; dermaßen hätte Europa von Amerika ab. Senator Borah erklärte, der jetzige Zustand zeige die Unmöglichkeit, daß Europa und Amerika weiterhin zusammen gingen; ihre Methoden seien vollkommen verschieden. Als Amerika in den Krieg eingetreten sei, habe es keine Feinde gehabt; ein Jahr nach dem Kriege habe sich eine große Macht von ihm entfernt, Rumänien, Bulgarien und Griechenland seien Amerikas erklärte Feinde, Frankreich habe an, Italien sei erbittert und Japan beleidigt.

Wilson's Antwort an den Obersten Rat.

Washington, 20. Febr. Der Berichterstatter der „Daily Mail“ erzählt, daß die auf die Note der Alliierten erfolgte Antwortnote in festem, entscheidenden Sinne abgefaßt ist, aber daß trotzdem das Tor zu neuen Verhandlungen nicht geschlossen ist, und daß das gesamte Schreiben doch verhängnisvoll wirken wird.

Die Note des Präsidenten an den Obersten Rat wurde gestern noch nicht abgefaßt.

Der amerikanische Senat hat laut „New York Herald“ die Verhandlungen über den Friedensvertrag ausgesetzt, weil er die Lage hinsichtlich der Arbeitsfrage geklärt werden muß. Der Präsident ist nicht geneigt, auf einem Kompromiß über Art. 10. Senator Borah, der Führer der Vertraggegner, sagte: Die republikanische Partei würde den Vertrag zu Fall bringen; der Vertrag würde eine Parole im Vakuum sein.

Die Krankheit Wilsons.

Kopenhagen, 20. Febr. „Politiken“ meldet aus New York, Wilsons Krankheit erlaube ihm nicht, in irgendwelcher Beziehung die Regierungsmacht auszuüben. Am Kongressgebäude diskutierten die Parteiführer lebhaft, auf welche Weise man den Präsidenten für unfähig zu regieren erklären könne, damit die Regierungsmacht auf einen Vizepräsidenten übergehe. Möglicherweise werde man einen anderen Weg beschreiten, indem im Kongress eine Resolution angenommen wird, die die Handlungsweise des Präsidenten als unkonstitutionell bezeichnet, sodass man sich schon ge-

zwungen sei, einen neuen Staatschef zu wählen. Die amerikanischen Zeitungen bezeichnen den Präsidenten glatte als einen verrückten Autokraten.

Der Präsident des amerikanischen Ärztevereins erklärte, daß der Zusammenbruch des Präsidenten durch eine Erkrankung der Arterien des Gehirns verursacht sei, eine Krankheit, die unheilbar sei. Diese Krankheit habe Wilson für immer zu einem geistigen Invaliden gemacht. Der Arzt ist der Ansicht, daß man einem Patienten in solchem Zustand niemals das Recht einräumen dürfe, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Er verlangt, daß Wilson sofort zurücktritt.

Ein Zwischenfall in Flensburg.

Der „Berl. Pol.-Anz.“ meldet aus Flensburg: Vor dem Hause des hiesigen Polizeimeisters Schrenson versammelte sich gestern abend eine große Menschenmenge, die das Schiedsgerichtsverfahren und den Deutschen Land über alles sonst. Voran sprach der Polizeimeister aus seiner im zweiten Stock gelegenen Wohnung drei Schüsse aus seinem Revolver ab, ohne glücklicherweise jemanden zu treffen.

Die Wahlen zu den Elternbeiräten.

zu Berlin, 20. Febr. Die preussische Landesversammlung hat den Antrag auf Aussetzung der Wahlen zu den Elternbeiräten abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter verhaftet.

zu Berlin, 20. Febr. Das sozialdemokratische Mitglied der preussischen Landesversammlung Döpfer ist in der Nacht, 19. Febr. abends, in der Wohnung in der Straße 5, verhaftet worden.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 21. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Stadts-Ueberrassungen, 727,5 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer — Anwartschaftsbildungen für die hiesigen Parlamentarier. — Reden und Preiserschätzungen ohne Ende.

Der wichtigste Teil dieser Sitzung waren die Ausschüsse, die Herr Stadtschulze Schulte über das vorläufige Ergebnis des Etats für 1919/20 gab. Eröffnet, sinngewandert mit: „Acht, was dieser Zeit entstammt. Am Rahmen des Städtischen das selbe Bild, wie es unser herrlicher Volkstum im ganzen bietet: Plebejisch. Ein sinnloses Drauflosfordern und Antragsstellen und eine Bewilligungsbremse, der gegenüber der Finanzminister der Stadt die Hände ringelt. Herr Schulte legte in seiner klaren und ersten Weise mit knappen Worten, daß es so nicht weiter gehen könne. Weder in den Forderungen der Beamten und Arbeiter, noch der Bewilligungsbremse der Körperhaft. Die Verhandlungslosigkeit bei den Staatsberatungen sei nichtschmeckernd. Einschränkung sei die Parole der Zukunft. Das neue Reichs-Einkommensteuergesetz würde zu einer Sparbarkeit auf allen Gebieten zwingen, von deren Umfang man keine Ahnung habe. Für öffentliche Gärten, Theater, Kunst, aber auch andere Forderungen und Aufgaben würden die Mittel nicht mehr aufzubringen sein. Es sei höchste Zeit, daß man endlich von der Gemüthlichkeit sich befreie, mit der man immer wie am Vierfüßler vom völligen Zusammenbruch rede, ohne etwas zu tun, um ihn aufzuhalten. Der neue Wirtschaftsgesetz habe eine harte eiserne Note: „Rüsten!“ Denn die Einkünfte der Städte wären in der Zukunft rationalisiert, der Etat könne nicht mehr nach den Ausgaben aufgestellt werden, sondern das Maß der Leistungen der Städte hänge von den Einkünften ab.

In der Hand von Zahlen setzte Herr Schulte, in welcher geradezu grotesken Art die Anforderungen an den Städtischen und damit die steuerlichen Anforderungen der Stadt und die notwendigen Preiserschätzungen für alle Leistungen hiesiger Betriebe seit der Revolution gestiegen sind. Trotz der Tarifschätzungen beim Wasser- und Lichtwerk und trotz der Mehreinnahmen aus der Steuer stellt sich eine Unterbilanz von 24 Millionen heraus. Dazu kommt der Zuschlag für die Uebernahme der Wirtschaft in Höhe von 10 Millionen M. Ferner für die Zeit vom 1. Jan. bis 31. März 1920 für Erhöhung der Kohlenpreise 1 1/2 Millionen, für Forderungen hinsichtlich der laufenden Bezüge für Beamte, Angestellte und Arbeiter 4 Millionen, für Sonderforderungen der Beamten auf einmalige Entschädigung 1,8 Millionen. Hierzu führt das Preisamt des Magistrats aus:

Dieser auf ein Vierteljahr entfallende Betrag ist so hoch, daß die Forderungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht voll erfüllt werden können. Der tatsächlich zu zahlende Betrag muß durch die der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Anträge auf Erhöhung der Preise für Wasser, Gas, Elektrizität, Bäder, Verpflegungsfälle für das Krankenhaus und Kurort und außerdem durch eine Nachtragserhebung von Einkommensteuer gedeckt werden. Diese Steuerquote steht noch nicht fest, sie wird aber auf zwei weitere Steuerquartale auf insgesamt 135 Proz.,

mindestens aber auf 100 Proz. bemessen werden müssen. Bei Zugrundelegung der letzteren Quote würde also das Staatsjahr 1919/20 trotz der bereits im Laufe des Jahres vorgenommenen und trotz der neu zu beschließenden Erhöhungen der Tarife einen Steuerzuschlag von 727,5 Proz. zur Staatssteuer gefordert haben.

Die Folge dieser ungeheuren Inanspruchnahme der hiesigen Finanzen sind also 2 weitere Steuerquartale mit mindestens 100 Proz. Zuschlag, Erhöhung der Gas-, Wasser- und Lichtpreise um beinahe 100 Proz. und gewaltige Erhöhung aller Beiträge, die für Leistungen der hiesigen Betriebe zu zahlen sind.

So wird mit Wirkung ab 1. Februar der Preis für Wasser von 30 auf 55 Pfg. pro Kubikmeter, für Gas von 55 Pfg. auf 1,05 M., für elektr. Licht von 1,10 auf 1,75 M. erhöht. Die weiteren Erhöhungen für Kraft und Anlagen veröffentlichen wir an anderer Stelle. Herr Hartmann führt Klage darüber, daß es unmoralisch wäre, wenn der durch das Höchstmietengesetz eingeschränkte Hausbesitz durch die Belastung mit der neuen Wasserpreis-erhöhung unter ein Ausnahmengesetz gestellt würde. Doch blieb sein Einspruch erfolglos.

Die Bäderpreise im Kaiser-Friedrich-Bad werden für ein Thermalwasserbad von 2,50 auf 3 M., für ein Thermalbad von 2 auf 3 M. erhöht. Für die Benutzung an den Nachmittagen werden die Preise auf 4 bzw. 2 M. festgesetzt. Die Wäsche muß besonders bezahlt werden. Im Schützenhof kosten die Bäder 1,80 M., im Gemeindegarten 1,50 M. hat 80 Pfg. Trotz dieser Erhöhung erfordert das Kaiser-Friedrich-Bad noch einen Zuschlag von 200 000 M.

Die Kurparkarten werden fortan für sechs Tage (einschl. Brunnen) 25 M., für 3 Wochen 50 M., die Rebenarten 15 bzw. 30 M. kosten. Die Einwohnerkarten für das Kurhaus 80 M., Reiserarten 40 M. Die Bewohner der Nachbarorte zahlen 100 resp. 45 M., der einmalige Besuch des Kurhauses kostet 2 M., die Tageskarte 1 M. Der Etat rechnet bei einer Annahme von 60 Proz. des Zuschlages von 1918 mit einer Einnahme von 645 000 M.; die Einwohnerkarten würden bei gleichem Benutzungs 175 000 M., die Tageskarten 10 000 M. ergeben.

Eine bedeutende Erhöhung erfordert naturgemäß auch die Verpflegungskasse des Städtischen Krankenhauses. Eine Reihe von sozialdemokratischen Arbeitern tritt für über den Magistratsrat hinausgehende Erhöhung der Sätze für 1. und 2. Klasse und Verpflegung derjenigen für die 3. Klasse ein. Nach einer langen Debatte wird dem Antrag stattgegeben. Dabei wird über die Anbahnung des Krankenhauses als Ersatz für einzelne Kerne Klage geführt, die Herr Bürgermeister Travers zurückweist. Herr Weber fordert eine bessere Leitung der Arbeit im kaufmännischen Geschäft und größere Arbeit der Aufschonung. Die Verpflegungskasse sind fortan in der 1. Klasse für Einheimische 35, für Auswärtige 40 M.; in der 2. Klasse 24 bzw. 30 und in der 3. Klasse 6 bzw. 12 M. Die errechneten Einnahmen betragen im Durchschnitt 21,50 M. Herr Wehrhadt macht den geschmackvollen Vorschlag, Krankenhausherrn mit Krankenschwestern zu erheben. Herr Travers weist dies als unangebracht zurück.

Vor der Bewilligung dieser neuen Belastungen der Bürgerkassen, die durch die kommenden zwei Steuerquartale einen geradezu unerträglichen Zustand hervorrufen, von dem zu fürchten ist, daß er zu scharfen Protesten Veranlassung gibt, bewilligten die Vertreter der Bürgerkassen sich jedoch auf einen Mandatentscheidungsfall von 1000 M. nach dem Städtischen mit 72 000 M. belassen. Gegen ihn stimmt die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und das Zentrum (letztere mit Ausnahme 1. Stimm). Wir brauchen unseren Standpunkt in dieser Angelegenheit, die eine Entlohnung für ehrenamtliche Tätigkeit in der Stadt zu unterbreiten. Der Parlamentarismus wird in seinem Wesen und seiner Wirkung dadurch nicht gefördert.

Ein Antrag der Unabhängigen Frau Hermann und des Herrn Kettnerbach wird noch einer von 1000 M. Befreiung zehrenden Begründung durch erster und einer ruhigen und geschickten Verlegung durch Herrn Wehrhadt in der Form angenommen, daß der Magistrat ersucht wird, im Verein mit anderen Städten den Versuch zu machen, auf die Gestaltung der kommenden Städtischen Einkünfte zu gewinnen. Eine im Grunde selbstverständliche Sache. H. Gz.

Im weiteren Verlaufe der Tagesordnung wurden bewilligt: Eine Vergütung von 4 Mark in den ersten drei Jahren, von 5 Mark in den weiteren Jahren der Stunde für den Ausbilderunterricht in den Fortbildungsschulen, der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, der Handelshochschule und höheren Handelsschule, die Erhebung eines Schulbeitrages von 30 Mark für den Unterricht der kaufm. Fortbildungsschule, 4000 Mark zur Anschaffung von Werkzeugen usw. an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, 2500 M. für die Errichtung von 5 Hauptamtlichen Lehrern und einer Gewerbeschule an der gemeinl. Fortbildungsschule. Ebenso wurde die Abänderung der Haushaltungsbüchereibehaltung der Postkasse gemäß angeschlossen. Anstelle des ausgeschiedenen Stadtrats Dietrich wurde Stadtm. G. Hofmann in die Personalkommission gewählt und als Armenpfleger im 8. Quartier im 11. Armenbezirk wurde Hotelbesitzer Oskar Bukmann gewählt.

Zigarettenindustrie und Tabaksteuer.

Wegen der bevorstehenden am 1. April e. in Kraft tretenden neuen Tabaksteuer haben sämtliche Zigarettenfabriken des deutschen Reiches allen Arbeitern und Angestellten am 1. April e. gekündigt. In einer großen Versammlung aller Arbeiter und Angestellten der Zigarettenindustrie von Wiesbaden, Mainz und Umgegend wurde dazu Stellung

denommen und folgende Entscheidung einstimmig an- genommen:

Die heute am 20. Februar 1920 im Gewerkschaftshaus Wiesbaden sehr zahlreich versammelten Angehörigen und Arbeiter sämtlicher Zigarrenfabriken von Wiesbaden, Mainz und Umgebung...

Die Lutherische versammelt nächsten Sonntag abend 8 Uhr ihren vierten Gemeindevorabend, an dem von mehreren Rednern das Problem einer Gemeindeorganisation im An- schluß an den Pfarrer Hofmann gehaltenen Vortrag über Erziehung zur Kirchlichkeit behandelt werden wird.

Vorher Schule. Am Sonntag, den 22. d. M., findet abends 7 1/2 Uhr eine zweite Versammlung der Eltern der Vorher-Schule in dem Singaal der Montrosselschule statt.

Der Wintergarten schließt als Tanzstätte seine Tore, um sich in ein Kino zu verwandeln. Den Rest der Saison bildet ein Künstlerfest am Sonntagvormittag um 1 Uhr...

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Kurhaus. Das Orchester morgen Sonntag, Vorm. 11.30 Uhr im Kurhaus wird von dem Organisten der Mariä- kirche, Herrn Friedrich Weirich, dem Bassisten Herrn Max Duf- laub und dem Hornisten des Kurorchesters Herrn Adam Dahn ausgeführt.

Sport.

Fußball. Am Sonntag wird Sportverein Wiesbaden einen feiner härteren Gegner in dem diesjährigen Verbandsspiel, den H. C. Ochtel 01 auf seinem Platz an der Frankfurter Straße erwarten.

Kirchliche Anzeigen.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 22. Februar 1920 (Quinquagesima). Mariäkirche. 10 Uhr: Hr. Dr. Weirich (Abendmahl). - 8 Uhr: Psalm Gesungen. - 9 Uhr: Hr. Dr. Weirich. - 10 Uhr: Hr. Dr. Weirich.

Katholische Kirche.

1. Außenmessing. - 21. Februar 1920. Mariäkirche zum hl. Bonifatius. 01. Messen: 6.45 und 8.00 Uhr. Hr. Weirich mit Predigt 7.15 Uhr.

Ev. Luth. Gottesdienst, Adelheidsstraße 25. 9.30 Uhr. Evang.-Luth. Gemeinde, der luth. Ev.-Luth. Kirche in Preußen angeh. Döhlmer Str. 4. 1. 9.30 Uhr. - Sonntag, 22. Febr., abends 6.45 Uhr: Passionsandacht. Hr. Wagner.

Kursbericht der Frankfurter Börse

Table with columns for various financial instruments like Staats-Anleihen, Aktien ansl. Transportanstalten, Aktien industrieller Unternehmungen, Bergwerks-Aktien, and Vollbesahnte Bankaktien.

Table with columns for Aktien ansl. Transportanstalten, Aktien industrieller Unternehmungen, and Bergwerks-Aktien.

Table with columns for Provinzial- und Kommunal-Obligationen, listing various regional and municipal bonds.

Besuchen Sie SIMPLICISSIMUS Künstlerspiele.

Weinklause Nonnenhof. Kirchgasse 15 :: Telefon 6072

Besuchen Sie SIMPLICISSIMUS Künstlerspiele.

KURHAUS WIESBADEN. Dienstag, den 24. Februar 1920, abends 8 Uhr im kleinen Saale: Höllenfahrt. Ein Erlebnis in der Berliner Gesellschaft von Hans Olden.

Sonntag, den 22. Februar nachmittags 4 Uhr Tee-Konzert Auftreten sämtl. Künstler. Abends 7 Uhr Grosser heiterer Abend.

Zeitgemässe Kapital-Anlage stark steigenden Absatzes wegen (z. Zt. viele Kassageschäfte) wird von gut fundiertem, seit Jahrzehnten eingeführtem Hause (mit Fabrikation erstklassiger altrenommierten Marke) weiterer stiller Teilhaber mit zunächst 250000 Mark Einlage, gegen feste Vergütung, gesucht.

Jagd-Verpachtung. Die Jagd der Gemeinde Mühlheim wird mit Wirkung vom 1. Januar 1920 am Donnerstag, den 26. ds. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr im hiesigen Rathaus auf die Dauer von 9 Jahren verpachtet.

Aufruf! Eine schwere Hochwasserkatastrophe hat die Rheinlande betroffen. Der Schaden, der sich erst jetzt überleben läßt, ist außerordentlich groß.

Bekanntmachung. Verzeichnis der in der Zeit vom 8. bis einschl. 18. Febr. 1920 bei der Polizei-Direktion zu Wiesbaden angemeldeten Fundstücke.

Besuchen Sie SIMPLICISSIMUS Künstlerspiele.

Besuchen Sie SIMPLICISSIMUS Künstlerspiele.